

»OB Hilbert
wird zum Pudel
der Immobilien-
lobby.«

Tilo Wirtz



VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

November 2020



Haltung zeigen

Wo die AfD gegen Geflüchtete hetzt, leisten wir Widerstand. Auch optisch, wie in der letzten Aktuellen Stunde. » Seite 2

Wo das Asoziale verbindet

Im Stadtrat brauen Rechtsextreme und Neoliberale gemeinsam ein unappetitliches, asoziales Süsschen, in dem auch der Oberbürgermeister herumrührt.

»Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.« Als Mitte Oktober CDU und FDP einen Antrag der Freien Wähler unterstützten, um den 30%igen Sozialwohnungsanteil bei Neubauten zu kippen, und als der Oberbürgermeister mit seiner Enthaltung den Weg dafür vorerst freimachte, da betrieben sie allesamt das Geschäft der Rechtsextremen. Denn der neoliberalen AfD und den Freien Wählern im Dresdner Stadtrat schwebt eine Stadt vor, die - dem Markt ausgesetzt - die Schwächsten oder Armen nicht mehr in ihrer Mitte duldet, die an der Mietpreisspirale dreht bis die Entsolidarisierung auf dem Wohnungsmarkt fassbar wird. Für sie hat das Sinn, denn: Wer soll schon mit denen solidarisch sein, die auf ihrer Flucht hier einen Ort der Sicherheit suchen, wenn es für ihn selbst keinen bezahlbaren (Wohn-)Ort im Stadt-

zentrum gibt? Es war diese Ratssitzung Mitte Oktober als die Fraktionsmitglieder der LINKEN aufstanden - »Herz statt Hetze« prangte auf ihren T-Shirts - um Haltung zu zeigen als die AfD in der Aktuellen Stunde gegen Flüchtende gifte. Und die Fraktion zeigte Haltung als der soziale Wohnungsbau dieser oben erwähnten unheiligen Allianz zum Opfer fallen sollte - zwar nicht auf Shirts, aber in Reden und zuvor in jahrelanger Sacharbeit. Haltung zeigen - das tut Not in diesen Zeiten: ob für ein starkes Städtisches Klinikum, Bildungszugänge für alle in Bibliotheken, im Heimunterricht, in der Berufsschule oder die Kindergärten. Dem oben zitierten Max Horkheimer folgend heißt das - nicht nur in dieser Ausgabe: Lasst uns reden über Faschismus UND Kapitalismus - und darüber, was es heißt, Haltung zu zeigen.

Thomas Feske

SOZIALER WOHNUNGSBAU

Rechtswidrige Angriffe

In der Ratssitzung im Oktober sollte über eine Ausnahmeregelung im kooperativen Baulandmodell entschieden werden. Eine Zufallsmehrheit nutzte die rechtskonservative Seite, um gleich das ganze Modell umzuwerfen und die Sozialquote von 30 auf 15 Prozent abzusenken.

Die Rechtswidrigkeit der Vorgehensweise brachte unsere Fraktion und auch GRÜNE und SPD zu recht auf die Barrikaden. Im Ergebnis jagte ein Geschäftsordnungsantrag samt mehrfacher namentlicher Abstimmung den nächsten. Oberbürgermeister Hilbert entglitt das Ruder dabei völlig. Bei der finalen Abstimmung, machte er trotz seiner Enthaltung deutlich, dass er eine Quote von 15 Prozent grundsätzlich befürwortete. Eine Woche später musste Hilbert den formell rechtswidrigen Beschluss dann auch schon wieder kassieren.

Im Ergebnis musste der Stadtrat im November noch einmal über die Vorlage abstimmen. Dabei fand sich eine Mehrheit zur Verlängerung der Übergangsfrist bis 30.6.2022. Für Dresden ist das eine schlechte Nachricht, da nun zahlreiche Sozialwohnungen weniger errichtet werden. Tilo Wirtz berichtet für uns über die Hintergründe.

» Seite 5

Menschenverachtung verbannen!

Rita Kunert sprach im Stadtrat aus, was viele Menschen in Dresden vereint. Die Sehnsucht, unsere Stadt von rassistischen Parolen und herabwürdigenden Hetzreden zu befreien.



Rita Kunert ist auch Mitglied bei »Nationalismus raus aus den Köpfen«, »Herz statt Hetze« und der »Seebrücke Dresden«.

In der Stadtrats-Doppelsitzung vom 15. und 16. Oktober gab es eine von LINKEN, SPD, GRÜNEN und den beiden fraktionslosen Stadträten beantragte Aktuelle Stunde zum Thema »Keinen öffentlichen Raum mehr in Dresden für rassistische, faschistische und andere menschenfeindliche Hetze«. Die Fraktion DIE LINKE trat auf Initiative von Stadträtin Margot Gaitzsch ihr Rederecht an Rita Kunert von »Nationalismus raus aus den Köpfen« ab.

Wir veröffentlichen hier Teile ihrer Rede:

»Ich stehe heute hier für alle jene Menschen, die sich

nunmehr seit fast 6 Jahren dem Hass und der Hetze auf der Straße entgegenstellen. Dem Hass und der Hetze, die sich gegen jede und jeden richten, die nicht in das eigene, engstirnige, von Nationalismus und Menschenverachtung geprägte Weltbild passen. Wir stellen uns dem entgegen, wann immer es nötig ist.

Ich stehe hier für die Menschen, die als ungewaschen und arbeitsscheu, als »Dreckspack« und »Schreischmutz« bepöbelt und angespuckt werden, die mit Worten bedacht werden, die ein anständiger Mensch nicht in den Mund nimmt. Für die Gräben ausgehoben werden sollten, in die man sie wirft und zuschüt-

tet - eine Ankündigung, die offenbar die Staatsanwaltschaft hier in Dresden voll in Ordnung findet. [...]

Gemeinsam widersetzen wir uns den menschenverachtenden Parolen, die bei solchen Veranstaltungen über den Platz schallen. Wir stellen uns denen in den Weg, die tausendstimmig »Absaufen, absaufen...« brüllen, wenn die Rede von Geflüchteten ist, die auch nicht vor Politiker*innen haltmachen und Galgen mit deren Namen durch die Stadt tragen. Wir setzen uns denen entgegen, die mit Worten und Plakataufschriften Menschen in den Dreck treten und die auch dafür sorgen, dass sich Menschen anderer Herkunft oder einfach Menschen die nicht dem sogenannten »typisch Deutschem« entsprechen - montags nicht mehr ins Stadtzentrum trauen,

Was uns eint, ist der Wunsch, dass endlich Schluss damit ist, Schluss damit, dass unser Stadtzentrum ein Aufmarschort für menschenverachtendes Gedankengut ist.

Deshalb stehen wir, wann immer es nötig ist, auf Straßen und Plätzen, deshalb setzen wir uns im Vorfeld einer jeden Versammlung mit der Versammlungsbehörde der Stadt auseinander. Dass es nun in Dresden immerhin die Möglichkeit eines Protests in Sicht- und Hörweite gibt, das haben wir uns am 31. Oktober 2016 erkämpft und nicht wieder aus der Hand gegeben, auch wenn sich andere den Orden gern anheften.

[...]

Eins ist uns völlig klar: Das Recht auf Versammlungsfreiheit und Meinungsfreiheit gilt für alle. Aber es gibt Grenzen. In unserer Stadt fallen auf öffentlichen Straßen und Plätzen Worte, die nichts mit Meinungsfreiheit zu tun haben und die dem Grundgesetz Artikel 1 widersprechen. Hier gäbe es sehr wohl die Handhabe einzuschreiten. Man müsste es als Behörde allerdings auch wollen. Und da sprechen wir noch gar nicht von den der Corona-Pandemie geschuldeten Hygieneregeln, die seitens der Behörde immer nur auf einer Seite massiv eingefordert werden.

[...] »

Die vollständige Rede gibt es auf unserer Homepage unter: www.linke-fraktion-dresden.de

Die Redaktion

ANTIFASCHISMUS

Bei PEGIDA: (K)ein Ende in Sicht? Gegendemonstranten verhageln den Geburtstag.



Der Antifaschistische Protest in Dresden hat viele Gesichter.

Am 25. Oktober wollte PEGIDA im Dresdner Stadtzentrum groß ihr sechsjähriges Bestehen feiern. Der Druck der Zivilgesellschaft führte zum Verlegen der »Geburtstagsfeier« auf die Cockerwiese. Daraufhin sagte Lutz Bachmann die Geburtstagsfeier in Dresden ab. Dies kann durchaus auch als großer Erfolg für die »No Pegida-Bewegung« gewertet werden. Über 50 Initiativen, Organisationen, Parteien, Gewerkschaften, die TU, Kirchen - von links bis hin zur bürgerlichen Mitte - unterstützten den Aufruf von Herz statt Hetze, am 25. Oktober für Demokratie und ein solidarisches Miteinander auf die Straße zu gehen.

Das Verbot von Demonstrationen aus Gründen des Corona-Infektionsschutzes konnte die Organisator*innen nicht ausbremsen, verunsicherte aber viele potentielle Demonstrant*innen. Zum Schluss versammelten sich trotzdem bis zu tausend Dresdner*innen, junge wie alte, auf der Cockerwiese oder vor der Büh-

ne von Herz statt Hetze auf dem Neumarkt. Hunderte folgten auch dem Aufruf von CDU und FDP zum Altmärkte. Etwa 50 versammelten sich schon am Mittag vor dem Landgericht, wo auch unsere LINKE Bundesvorsitzende Katja Kipping klare Worte zum notwendigen Zusammenhalt gegen den Sozialabbau fand. Unterstützt wurden diese Aktionen durch eine Fahrraddemo der »Antifaschistischen Initiative Löbtau«, welche sich schließlich der Kundgebung auf dem Neumarkt anschloss. Insgesamt ein beeindruckendes Bekenntnis zu Demokratie und solidarischem Miteinander - und ja - auch gegen PEGIDA.

Wir wissen, dass es ein weiter und beschwerlicher Weg ist, um Nationalismus und Rassismus aus den Köpfen der Menschen zu vertreiben. Nutzen wir jede Möglichkeit - ob in den Parlamenten oder außerhalb. Die Überwindung beginnt bei jedem und jeder Einzelnen von uns.

Margot Gaitzsch

»Modernes Energiekombinat«

DREWAG und ENSO fusionieren – für DIE LINKE ist der kommunale Einfluss zentral für die Gemeinwohlorientierung und Klimastrategie Dresdens. Hier André Schollbachs Rede dazu.



Heißes Thema bei der Fusion war auch, bis wann das neue Unternehmen klimaneutral werden kann, ohne die Querfinanzierung des ÖPNV zu gefährden.

»Noch in den zweitausender Jahren schwappte eine Privatisierungswelle durch unser Land. Öffentliches Eigentum diente daraufhin vielfach nicht mehr dem Gemeinwohl, sondern den Interessen von Aktionären oder privaten Anteilseignern. Nicht selten gingen die Privatisierungen zu Lasten der Menschen, die diese Politik mit steigenden Mieten oder überlasteten Ärzten und zu wenigen Pflegekräften teuer bezahlten.

Noch vor wenigen Jahren gab es hier im Rat keine Mehrheit für eine hundertprozentige Rekommunalisierung der DREWAG. Wir von der LINKEN haben uns hingegen viele Jahre lang für die Rekommunalisierung und Stärkung des öffentlichen Sektors eingesetzt. Bereiche, die zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehören, also das, was wichtig ist für die Menschen, wie Krankenhäuser, Strom, Wasser, Bus, Bahn und ja: auch ein relevanter Teil des Wohnungsmarktes gehören in die öffentliche Hand.

Inzwischen setzen sich die von uns vorgetragenen Argumente Schritt für Schritt durch, auch in Dresden.



André Schollbach gestaltete in den beiden Aufsichtsräten von DREWAG und ENSO den Fusionsprozess mit.

Nach dem Einstieg in den sozialen Wohnungsbau und der inzwischen beschlossenen vollständigen Rekommunalisierung der DREWAG wird heute ein weiterer wesentlicher Beschluss zur Stärkung des öffentlichen Sektors gefasst.

Die Fusion von DREWAG und ENSO gehört dabei zweifellos zu den wichtigsten Entscheidungen des

»Wir stellen sicher, dass das fusionierte Unternehmen dem Gemeinwohl dient.«

Dresdner Stadtrates in diesem Jahrzehnt. Mit der SachsenEnergie wird eines der bundesweit größten Versorgungsunternehmen geschaffen – man könnte auch sagen: ein modernes Energiekombinat. Und das in kommunaler Hand. Damit fließen die erzielten Gewinne nicht in die Kassen privater Konzerne, sondern kommen dem Gemeinwohl zugute, zum Beispiel der Finanzierung der Dresdner Verkehrsbetriebe oder der Dresdner Bäder. Als Hauptanteilseignerin hat die Stadt Dresden zudem einen erheblichen Einfluss auf die Unternehmenspolitik und damit auch auf eine umwelt- und klimafreundliche Stromerzeugung.

»Klimafreundlichkeit und soziale Gerechtigkeit sind stets zusammenzudenken.«

Für uns als DIE LINKE war ein Grundgedanke wichtig: Klimafreundlichkeit und soziale Gerechtigkeit sind stets zusammenzudenken. Daher setzen wir uns auch dafür ein, dass ein Teil des vorgeschlagenen Innovationsbudgets für neue soziale Projekte eingesetzt wird und dass über alle Maßnahmen aus diesem Bud-

Die wichtigsten Beschlusspunkte:

- DREWAG und ENSO fusionieren zur SachsenEnergie AG.
- Der Aufsichtsrat der städtischen Muttergesellschaft wird auf zwölf Personen vergrößert.
- Es wird ein Innovationsbudget von 8 Mio. Euro gebildet.
- Über die Einzelmaßnahmen aus dem Innovationsbudget entscheidet der Aufsichtsrat.
- Das Innovationsbudget wird für die Förderung sozialer Innovationsprojekte, die Dekarbonisierung und die energetische Sanierung von Sportstätten eingesetzt.

get der Aufsichtsrat entscheidet (und kein vom Oberbürgermeister handverlesenes Schattengremium).

Dass dies alles heute keine alltägliche Entscheidung ist, wird deutlich, wenn man sich einige wenige Zahlen vor Augen führt: DREWAG und ENSO erreichten im vergangenen Jahr zusammen Umsatzerlöse in Höhe von 2,5 Milliarden Euro und einen Gewinn vor Steuern in Höhe von 147 Millionen. Diese stolzen Ergebnisse wurden von insgesamt rund 1300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erwirtschaftet, denen ich an dieser Stelle unseren herzlichen Dank für diese große Leistung aussprechen möchte. Angesichts der Bedeutung der künftigen SachsenEnergie für die Landeshauptstadt Dresden und die Region sind jegliche Entscheidungen zu Unternehmenszielen und -strategien also auch jene zum Klimaschutz und der Gemeinwohlorientierung insgesamt mit Bedacht und Sorgfalt vorzubereiten.

Daher schlagen wir vor, den Oberbürgermeister damit zu beauftragen, unter Beachtung des bereits gefassten Beschlusses zur »Fortschreibung der Klimaschutzziele« die Unternehmensziele und die -strategie weiterzuentwickeln, damit hierüber dann in einem ordnungsgemäßen Verfahren auf einer seriösen und substanzialen Grundlage beraten und entschieden werden kann.

Heute gilt es, hier im Stadtrat die Zustimmung zur Fusion zu erteilen, damit diese wie geplant umgesetzt werden kann.«

Pläne für das Städtische Klinikum

Durch Ernst & Young wurde ein sogenanntes »Zukunftskonzept« vorgestellt. Doch es verdient den Namen nicht.



Für das Städtische Klinikum sind weitreichende Umstrukturierungen geplant. Stadtrat Jens Matthis kritisiert diese scharf.

Das »Zukunftskonzept« sieht – etwas vereinfacht – vor, bis 2035 das Friedrichstädter Krankenhaus zum Zentralkrankenhaus aufzurüsten, auf dem Weißen Hirsch die psychiatrische Versorgung zu konzentrieren und das Krankenhaus Neustadt (Trachau) bis spätestens 2035 als klassisches Krankenhaus aufzugeben. Stattdessen soll an dieser Stelle ein Medizinisches Versorgungszentrum, eine Tagesklinik und vielleicht eine Einrichtung für die Kurzzeitpflege untergebracht werden. Was spricht dafür? Ist das Krankenhaus an einem Standort konzentriert, lassen sich Synergien zwischen verschiedenen Fachbereichen nutzen. Zugleich sind keine Doppelstrukturen mehr nötig. Davon verspricht man sich wirtschaftliche Vorteile. Ergänzend wird noch angeführt, dass die Baustruktur des ehemaligen Altenheimes in Trachau für ein modernes Krankenhaus wenig geeignet ist. Allerdings gibt es für die Liquidation des Standortes Trachau noch einen profanen Grund. Man erwartet 62,5 Millionen Euro Investitionsfördermittel aus dem Krankenhausstrukturfonds des Bundes. Aus diesem Topf gibt es Fördermittel, »wenn ein Krankenhaus oder Teile von akutstationären Versorgungs-

einrichtungen eines Krankenhauses dauerhaft geschlossen werden, insbesondere wenn ein Standort, eine unselbständige Betriebsstätte oder eine Fachrichtung eines Krankenhauses geschlossen wird« (Krankenhausstrukturfondsverordnung). Die Konzeption des Krankenhausstrukturfonds folgt immer noch der neoliberalen Ideologie: Je weniger Krankenhäuser, desto besser.

Gegenargumente widerlegen neoliberale Ideologie

Was spricht dagegen? Die Gegenargumente sind vielfältig. Ärzte weisen zum Beispiel darauf, dass Spitzenmedizin und mehrere Fachbereiche bei einem Großteil der Krankenhausbehandlungen gar nicht notwendig sind, es gäbe auch viele »Routinefälle«, die unter den Bedingungen in Trachau in hoher Qualität behandelt werden können, bei unerwartet schwierigeren Fällen sei eine Verlegung nach Friedrichstadt jederzeit möglich. Ernst zu nehmen ist auch die Sorge, dass das Städtische Klinikum mit einer Schließung des Standortes Trachau sowohl Patient*innen als auch heiß umworbenes Fachpersonal an ande-

re Krankenhäuser auf der Neustädter Elbseite verlore, was dann weder seiner Qualität, noch seiner Wirtschaftlichkeit zuträglich wäre. Das wichtigste Argument gegen das Konzept hat aber wiederum mit dem Geld zu tun. Außer der bereits erwähnten »Schließungsprämie« aus dem Bundeshaushalt werden für den Ausbau in Friedrichstadt und am Weißen Hirsch nämlich noch 100 Millionen Euro aus dem städtischen Haushalt und 250 Millionen Euro Fördermittel vom Freistaat Sachsen eingeplant. Letzteres würde bedeuten, dass der Freistaat über zehn Jahre rund 30 Prozent der verfügbaren Krankenhausfördermittel allein in das Dresdner Klinikum stecken müsste. Diese Annahme ist aber angesichts der finanziellen Situation des Freistaates und angesichts des Förderbedarfes im ländlichen Raum ungefähr so realistisch, als würde man zur Finanzierung eines Einfamilienhauses einen Sechser im Lotto fest einplanen. Das Konzept könnte also dazu führen, dass zwar das Neustädter Krankenhaus geschlossen wird, von den geplanten Neubauten in Friedrichstadt aber nur ein Bruchteil realisiert würde. Im Ergebnis würde das Klinikum ca. 25 Prozent seiner Kapazität verlieren. *Jens Matthis*

IM GESPRÄCH

Magnus Hecht

Welche politischen Ziele verfolgst du in der gegenwärtigen Wahlperiode?

Ich bin im Stadtrat, um meine beiden Politikfelder Kultur und Soziales zu bearbeiten. Um das gut hinzubekommen, ist auch mein Interesse an Finanzpolitik sehr groß.

Konkret will ich die freie Kulturszene stärken und die Arbeits- und Produktionsbedingungen verbessern.

Was ist dein persönlicher Zugang zu den Themen?

Aus meiner Zeit in der »Scheune« bringe ich den Wunsch mit, die Stadt möge der Clubkultur weitere Wertschätzung entgegenbringen. Wir merken in der jetzigen Pandemiesituation, wie wichtig die persönliche Begegnung zwischen Kunst und Publikum bei Veranstaltungen ist. Da müssen wir retten, was zu retten ist.

Ich möchte zum Beispiel eine Ansprechperson für die Art von Kultur, die nachts stattfindet, schaffen. Ein »Nachtbürgermeister« ist in einigen anderen Städten schon erfolgreich eingesetzt worden. Es besteht im Moment sehr viel Beratungsbedarf, auch was Hygienekonzept und Entwicklungen unter den Vorzeichen der sehr akuten Wirtschaftskrise angeht.

Im Sozialen möchte ich gute Bedingungen für Migrationssozialarbeit schaffen, nicht zuletzt, weil ich ja selber in diesem Bereich arbeite. Die neu nach Dresden gezogenen Mitmenschen brauchen häufig Begleitung auf ihrem Weg des Ankommens. Die Erfahrung zeigt: Integration ist ein langer Prozess.



Magnus Hecht (48) arbeitet in der Migrationssozialarbeit und sitzt für DIE LINKE in den Ausschüssen für Kultur, Finanzen sowie Umwelt.

Und ich fühle mich natürlich auch für Themen der Neustadt und vor allem des Hechtviertels zuständig. Hier haben mich die Menschen gewählt, weil sie mich kennen und mir in der Nordbad-Sauna (ungefragt) von ihren Problemen und Anliegen erzählen.

Die Fragen stellte Jana Neveling

Hilbert will sozialen Wohnungsbau halbieren!

Auf Kommando von Rechtsaußen bedient der Oberbürgermeister die Interessen der Immobilienhaie und bringt eine Halbierung der Sozialwohnungsquote für private Investoren ein.



Auch in Dresden drehen sich die Kräne. Wenn es nach uns geht, müssen davon alle profitieren.

Weil die Stadtverwaltung bei der Erstellung von Bebauungsplänen nicht hinterhergekommen ist, sollte die Übergangsfrist zur Einführung des kooperativen Baulandmodells bis Sommer 2022 um anderthalb Jahre verlängert werden. In der Übergangsfrist werden die Investoren nur zu 15 Prozent Sozialwohnungen verpflichtet und nicht auf 30 Prozent, sofern eine Prüfung das so oder so als zumutbar ausweist. Sowohl das Konzept zur kooperativen Baulandentwicklung mit der Vorgabe von Sozialwohnungen zu 30 Prozent als auch die Verlängerung der Übergangsfrist wurden

durch den Oberbürgermeister vorgelegt.

Auf Zuruf von Rechtsaußen beschloss der Stadtrat mit einer Zufallsmehrheit in seiner Oktobersitzung rechtswidrig, dass grundsätzlich nur noch 15 Prozent Sozialwohnungen in den Bebauungsplänen zu verankern seien. Rechtswidrig war die eingebrachte Änderung, weil das Baulandmodell gar nicht Gegenstand war, sondern nur die Übergangsfrist. Der Oberbürgermeister enthielt sich der Stimme und verschaffte damit dem rechtswidrigen Antrag eine Mehrheit. Anschließend widersprach Hilbert diesem von ihm selbst

durch passives Verhalten herbeigeführten Beschluss, wodurch der Stadtrat auf der Novembersitzung, einer Sondersitzung, erneut über den Vorgang abstimmen musste. Im Prinzip wäre die Angelegenheit damit vom Tisch.

Oberbürgermeister fällt der eigenen Verwaltung in den Rücken.

Auf Rückfrage äußerte sich Hilbert während der Sitzung sinngemäß, dass 15 Prozent Sozialwohnungen ausreichend wären, das hätten »Fachleute« gesagt. Die »Fachleute« waren wohl nicht so sehr Sozialexperten, sondern Lobbyisten der Immobilienwirtschaft, die parallel in den Fraktionen antichambrieren und außerdem Klagen angestrengt haben, um gegen das Baulandmodell vorzugehen. Dabei jammern sie bevorzugt über hohe Grundstückspreise – die sie aber genährt durch hohe Gewinne in der Vergangenheit und billiges Geld durch ihr spekulatives Verhalten auf dem Grundstücksmarkt selbst mit herbeiführen. In der Folge hat der Oberbürgermeister nun seinerseits eine Schnellvorlage eingebracht, die parallel abgestimmt werden soll und im Schweinsgalopp durch den Stadtrat gepetscht werden soll. Darin enthalten die von Rechtsaußen und der Immobilienlobby geforderte Begrenzung von Sozialwohnungen auf 15 Prozent. Während die Verwaltung sonst behauptet, für eine Vorlage mindestens ein Viertel Jahre für einen »Ämterumlauf« zu brauchen, geht es beim Bedienen privatwirtschaftlicher Belange bei Hilbert offensichtlich schneller. Dabei ist eine Eilbedürftigkeit gar nicht erkennbar, hat sich die Verwaltung doch mit der Verlängerung der Übergangsfrist erst einmal terminlich Luft verschafft. Damit bestünde Zeit, mit Fachleuten über das Konzept zu diskutieren und nicht nur Einflüsterungen interessengeleiteter Lobbyisten. DIE LINKE wird die ursprüngliche Zielsetzung für die Schaffung von Sozialwohnungen verteidigen und lehnt den Vorstoß des Oberbürgermeisters einer Senkung der Sozialwohnungsquote inhaltlich und auch im Vorgehen empört ab.

Tilo Wirtz

MARGON-ARENA

Stadtrat fasst Beschluss zur Sanierung und Erweiterung des Sportkomplexes.

Fast wäre die Sache noch schiefgelaufen! Ein Tennisverein und ein ungeliebtes Parkhaus waren die Stolpersteine, die den Grundsatzbeschluss auf den letzten Metern hätten scheitern lassen können. Aber dazu vielleicht etwas später.

Seit längerer Zeit schon ist das Dach der Margon-Arena nicht ganz dicht, und fast wäre es einfach ausge bessert worden. Aber statische Probleme der Dachkonstruktion vergrößerten einerseits das Abdichtungsproblem, eröffneten aber andererseits auch die Chance, etwas mehr als unbedingt nötig zu machen. Denn, wenn man eine Sache einmal anfasst, dann kann man sie auch richtig machen.

Die Hauptnutzenden der Halle, die Volleyball-GmbH des DSC 1898 e. V., beklagen schon lange, dass ihre Spielklasse (die erste Bundesliga) und die Ausstattung der Halle nicht mehr zusammenpassen.

Wenn man also einmal bauen muss, warum dann nicht gleich ein erstklassiges Ausstattungsniveau an-

streben? Natürlich ist so etwas immer umstritten, vor allem, wenn wegen der Corona bedingten Steuerausfälle anderswo viele Euro fehlen.

Wir waren dennoch dafür. Öffentliche Einrichtungen tragen durch eine gute Ausstattung zu einem hohen Lebensniveau in der Stadt bei und in der Bodenbacher Straße gehen eben nicht nur Spitzensportler ihrem Broterwerb nach, sondern viele andere Menschen nutzen diese Halle. Zusätzlich wird es auch noch eine enge Kooperation mit dem benachbarten zukünftigen Gymnasium Linkselbisch-Ost (LEO) geben.

Aber wie immer: Bei einer Grundsatzplanung stimmt noch nicht alles. Der Versuch, uns mit diesem Beschluss auch ein Parkhaus unterzububeln und bei der Gelegenheit einen alteingesessenen Tennisverein zu vertreiben, wurde vom Rat zurecht zurückgewiesen. Sowohl für den Tennisverein als auch für die Antwort auf die Frage der nötigen Stellflächen müssen nun durch die Verwaltung andere Varianten gesucht werden.

Tilo Kießling



Bietet Platz für viele Sportler*innen: Die Margon-Arena.

BIBLIOTHEKEN

Sonntags wird es voll.

Im Oktober wurde im Stadtrat der Bibliothekentwicklungsplan 2025 verabschiedet. Er setzt mit dem Ausbau der umfangreichen Digitalisierungsstrategie sowie der 7/10 Öffnungszeiten neue Maßstäbe. So sollen von nun an jedes Jahr zwei weitere Stadtteilbibliotheken an sieben Tagen in der Woche für je zehn Stunden geöffnet werden und so gleichzeitig als Kultur- und Nachbarschaftszentren fungieren. Die Bibliothek Südvorstadt war die erste, in der dieses Konzept umgesetzt wurde. Sie ist an allen sieben Tagen der Woche zugänglich und wird an vier Tagen durch Fachpersonal betreut. An den übrigen drei Tagen übernimmt ein Wach- und Sicherheitsdienst die Aufsicht. Das Angebot wird von der Bevölkerung sehr gut angenommen und die Bibliothek konnte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum fast doppelt so viele Besucher*innen verzeichnen.

Ein weiterer wichtiger Punkt des Bibliotheksentwicklungsplans ist der Ausbau der Schulbibliothek



Bibliotheken werden zu attraktiven Lern- und Begegnungsorten.

ken. Hier zeigt sich, dass mit vergleichsweise geringem finanziellen Aufwand und viel ehrenamtlichem Engagement eine große Wirkung erzielt werden kann. Mit der für Herbst geplanten Eröffnung der Schulbibliothek im Gymnasium Dresden Plauen stehen nun insgesamt 30 Standorte zur Verfügung, zehn weitere sollen pro Jahr folgen. Bei der Auswahl künftiger Standorte findet eine enge Zusammenarbeit mit dem Bildungsbüro statt.

Bei den Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2021/22 werden wir ganz besonders darauf achten, dass es in diesem Bereich nicht zu Kürzungen kommt. Bibliotheken leben von ihren Medienetats, weshalb eine Kürzung auf 80% der Sachkosten nicht hinnehmbar ist. *Anne Holowenko*

Wie weiter mit den Berufsschulen?

Seit Monaten schwelt der Streit um die zukünftigen Berufsschulstandorte. Ganze Ausbildungszweige stehen in Frage.



Berufsschulen sind ein wesentlicher Bestandteil der Bildungslandschaft. Wir streiten für eine faire Verteilung – auch für Dresden.

Für eine bessere Umsetzung ist eine umfangreiche Beteiligung festgelegt, so ist zum Beispiel das Einvernehmen zwischen den Landkreisen und kreisfreien Städten herzustellen. Dresden zum Beispiel hat mehr Berufsschulzentren als Leipzig und Chemnitz. Aus diesem Grunde musste eine bestimmte Zahl an Plätzen in Dresden an andere Berufsschulen abgegeben werden, beispielsweise in die Landkreise Meißen und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. In der ursprünglichen Fassung waren es 1200 Plätze, nach der jetzigen Veränderung sind es nur noch 700 wegfallende Plätze. Da insgesamt ein Aufwuchs des Bedarfes an Berufsschulplätzen in den nächsten Jahren prognostiziert wird, sollte sich das am Ende wieder ausgleichen.

Als Stadträtinnen und Stadträte sind wir laut Ratsbeschluss an den Diskussionen beteiligt, denn am Ende sollen wir im bestmöglichen Fall einem Beschluss zustimmen. Der Bildungsbürgermeister hat diese Beteiligung ermöglicht, sodass wir in mehreren Runden mit den Schulleiter*innen, dem Schulverwaltungsamt und Vertretern des SMK zusammensaßen. Schwierig wurde es allerdings, als ich als Stadträtin Informationen von Lehrer*innen hatte, die im Widerspruch zu den Aussagen der Schulleiter*innen standen. Der Beteiligungsprozess innerhalb der Be-

rufsschulen wurde offensichtlich auf sehr unterschiedlichen Niveau geführt, zum Teil gar nicht. Hier hätte die Stadt die Haltung der Lehrer*innen und Schüler*innen besser berücksichtigen müssen.

Politik muss Mängel in der Erarbeitung flicken.

Für uns als Linke waren drei Dinge in der Diskussion wichtig: 1. Das im Schulgesetz festgelegte Wohnortprinzip soll so gut wie möglich umgesetzt werden. 2. sollen alle Berufsrichtungen auch an staatlichen Schulen ausgebildet werden und nicht an gewinnorientierten Bildungsunternehmen auf einem Bildungsmarkt abgeschoben werden, denn damit sind Kosten für die Familien verbunden. 3. Die Schulen und Ausbildungsbetriebe müssen in den Prozess einbezogen werden.

Am Schwierigsten war die Einigung für das BSZ Elektrotechnik, das BSZ Dienstleistung und Gestaltung, BSZ für Gesundheit und Sozialwesen »Karl August Lingner« und für das BSZ für Agrarwirtschaft und Ernährung. Am Ende werden wir dem dann geänderten Plan für die Berufsschulnetzplanung hoffentlich zustimmen können. *Anja Apel*

ANTRAGSINITIATIVE

Konservative verhindern mehr Bildungsgerechtigkeit.

In der Stadtratssitzung im Oktober wurde unser interfraktioneller Antrag »Ein Netz für alle« für mehr Bildungsgerechtigkeit in Dresden von einer konservativ-rechten Mehrheit samt OB Hilbert abgelehnt. Ihre Begründungen: »Ein Schaufensterantrag, der zu viele Fragen unbeantwortet lasse« (CDU), »warum sollten nur diejenige Unterstützung bekommen, die es sich nicht leisten können« (AfD) und wird schlichtweg nicht gebraucht« (FDP).

In ihrer Rede betonte Stadträtin Katharina Hanser, dass wir uns im Bereich Digitalisierung immer noch im Schnecken tempo bewegen. Gerade in Bezug auf die Bildung dürfe in diesem Bereich aktuell nicht gespart werden. Es sei eine Frage der sozialen Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit in Dresden, die sich eben nicht zuletzt durch den häufigen Heimunterricht während der Corona-Pandemie bemerkbar gemacht habe, aber nicht auf diese beschränkt sei. *Die Redaktion*



Digitalisierung birgt auch Chancen für mehr Gerechtigkeit.

Sozialer Wohnungsbau mit Zugabe

Soll die WiD auch Wohnungen für den freien Markt bauen?

In einer Stadtratssitzung im Herbst wurde darüber entschieden, dass die städtische Wohnungsbaugesellschaft WiD künftig neben Sozialwohnungen auch Wohnungen ohne Sozialbindung errichten darf. Die Vorlage der Stadtverwaltung sah vor, dass bei großen Wohnbauvorhaben von mehr als 50 Wohneinheiten auch ein Anteil von maximal 30% der Wohnungen zu marktüblichen Preisen angeboten werden kann. Bisher dürfen ausschließlich Sozialwohnungen entstehen. Die Hauptzielgruppen der WiD sind Haushalte, die auf dem freien Wohnungsmarkt nur schwer eine passende Wohnung finden, wie einkommensschwache Haushalte, besonders große Haushalte oder Menschen mit körperlichen Einschränkungen und entsprechenden Bedarfen an barrierefreien oder barrierearmen Wohnungen. Dieser Fokus bleibt auch mit der Änderung bestehen, das steht völlig außer Frage. Denn auch mit der Öffnung sollen keine finanziellen Ziele verfolgt werden, sondern langfristig der Handlungsspielraum der WiD vergrößert werden. Gerade bei großen Bauvorhaben besteht immer die Gefahr der Stigmatisierung, dem soll durch eine gute Durchmischung entgegengewirkt werden. Schaut man sich andere kommunale Wohnungsunternehmen an, ist genau das die gängige Praxis.



Die neuen Wohnungen der WiD sorgen für eine bessere soziale Durchmischung in Dresden.

Das Ziel ist es, Mietpreissteigerungen stadtwweit abzumildern.

So variiert der Anteil von mietpreisgebundenen Wohnungen am kommunalen Bestand bei den bundesweit 740 öffentlichen oder kommunalen Wohnungsunternehmen erheblich. Essen beispielsweise hat in seinem städtischen Wohnungsunternehmen gerade einmal 14% der Wohnungen mit Mietpreisbindungen belegt, Mainz dagegen 70%. Potsdam verfolgt die Strategie, in seinem städtischen Wohnungsunternehmen verschiedene Preiskategorien anzubieten, für einkommensschwache Haushalte einerseits, aber auch für Haushalte mit mittleren Einkommen.

So haben es andere Städte über Jahre geschafft, ihr Wohnungsunternehmen zu einem starken Akteur auf dem Wohnungsmarkt vor Ort zu machen und neben den sozialpolitischen Zielen auch strategische Ziele in der Stadtplanung und Stadtentwicklung zu verfolgen.

Daher ist es auch in Dresden sinnvoll, diese Öffnung vorzunehmen, wenngleich der Schwerpunkt, die Schaffung von preisgünstigen Wohnungen, nicht verhandelbar ist.

Pia Barkow

SOZIALES

Jung und Alt unter einem Dach



Platz für Erfahrungsaustausch und Fürsorge

Nach 13-jähriger engagierter Arbeit ist das Mehrgenerationenhaus des Riesa Efaus aus Dresden nicht mehr wegzudenken. Ziel des Hauses ist es, die Lebensqualität einzelner und auch von Familien zu verbessern. Der generationsübergreifende Ansatz fördert die Begegnung von Menschen unterschiedlicher Lebensalter und verbindet Menschen in verschiedensten Lebenslagen. Dresdner*innen aller Altersgruppen sollen zu sozialem Engagement motiviert werden. Dass das generationsübergreifend geschieht, ist ein wesentliches Alleinstellungsmerkmal. Deshalb unterstützen wir als LINKE die Ko-Finanzierung aus dem Städtischen Haushalt mit 10.000 Euro pro Jahr.

Christopher Colditz

EIGENBETRIEB KITA

Arbeitszeitkürzungen bei den Erzieherinnen und Erziehern ist ein fatales Signal.

Die GEW (Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft) ließ Anfang Oktober verlauten, dass der Eigenbetrieb KiTa der Stadt Dresden die Arbeitszeit von Erzieherinnen und Erziehern auf 32 Stunden reduzieren will. Diese Regelung gilt seit dem 19. Oktober für alle Beschäftigten mit sogenannten 32-Plus-Verträgen. Bei diesen Verträgen kann der Eigenbetrieb eine Anpassung der Stundenzahl im Rahmen von mindestens 32 bis maximal 40 Stunden vornehmen, die Beschäftigten selbst haben darauf keine Einflussmöglichkeit oder Mitsprache. Aufgrund des Personalmangels in den Einrichtungen arbeiten viele Erzieherinnen und Erzieher aber ohnehin mit maximaler Stundenzahl.

Die nun umgesetzte Arbeitszeitkürzung soll aber vor allem ohne jeden Lohnausgleich erfolgen. Das bedeutet, dass den Beschäftigten ein Einkommens-

verlust von bis zu 20 Prozent droht. Kein Wunder also, dass bei den Beschäftigten und auch zahlreichen Eltern diese Meldungen für Unverständnis vor allem Wut sorgten. Bereits jetzt sind viele Beschäftigte am Rande ihrer Kapazitäten. Eine solche Kürzung würde schließlich auch zu Lasten der Qualität der Betreuung gehen. Im Bundesvergleich hat Sachsen noch immer den zweitschlechtesten Betreuungsschlüssel. Stadtrat Tilo Kießling zeigt sich daher erzürnt über diese Entwicklungen: »Gleichzeitig den Eltern mit Gebührensteigerungen zu drohen und Druck auf die Erziehungskräfte auszuüben, gefährdet den über viele Jahre aufgebauten Ruf der städtischen Kinder-tagesbetreuung. Wir als LINKE werden für einen besseren Tarifvertrag kämpfen. Das Risiko schwankender Betreuungsbedarfe darf nicht den einzelnen Erzieherinnen und Erziehern allein aufgebürdet werden.«

Die Redaktion



Individuelle Förderung ist kein Selbstläufer.

GANZ HINTEN LINKS

Widersprüche

Zu den Privilegien eines Oberbürgermeisters gehört es, Stadtratsbeschlüssen widersprechen zu dürfen. Der Oberbürgermeister MUSS widersprechen, wenn er den Beschluss für rechtswidrig hält, er KANN widersprechen, wenn er ihn für nachteilig für die Stadt hält. Die Sache hat natürlich einen kleinen Haken. Der Oberbürgermeister behält nicht das letzte Wort. Am Ende darf der Stadtrat nach



Steht nur geföhlt über allem: OB Hilbert.

gründlichem Nachdenken dann doch entscheiden. Im Stadtrat verfügte die rechte Seite über eine knappe Mehrheit, sie erkannten ihre Chance und kassierten einen Stadtratsbeschluss zum Kooperativen Baulandmodell. Zur Abstimmung stand eigentlich nur die Genehmigung einer begründeten Ausnahme, aber schwuppdiwupp wurde gleich das Prinzip gekippt und die Zahl der Sozialwohnungen von 30 auf 15 Prozent halbiert. Dieser Beschluss war eindeutig rechtswidrig und angesichts des Mangels an bezahlbaren Wohnungen auch nachteilig für die Stadt. Allerdings passte er gut ins Weltbild des Oberbürgermeisters: Schließlich sollen Investoren mit den Bauprojekten ordentlich Geld verdienen. Und so tat er sich mit dem Widerspruch schwer, eierte im Stadtrat herum und sagte schließlich halbherzig eine Prüfung zu. Nach gründlichem Nachdenken widersprach er dann doch – nicht ohne mit einer neuen Vorlage zugleich genau das zu beantragen, dem er gerade widersprochen hatte. Das mag ein Widerspruch sein. Aber das ist ja das Privileg des Oberbürgermeisters. *Jens Matthias*

Fragen, Vorschläge, Kritik, Anmerkungen?

Folgen Sie uns auf unseren sozialen Kanälen:

 @DieLinkeDresdnerStadtrat

 @LinkeStaDDrat

 @LinkeStaDDrat

GRILLPLÄTZE

Die Stadt ist zum Benutzen da. Wir schaffen die Räume.

Der Stadtrat hat mit breiter Mehrheit beschlossen, 17 neue Grillplätze einzurichten. Geschrieben hatte ich den gemeinsam mit der SPD-Fraktion eingereichten Antrag Anfang 2018 und zurecht kritisierte Leo Lentz, wie lang die Verwaltung für die Umsetzungsvorlage benötigte. Spannend an dem Antrag ist aber die Frage: Wie wurde aus dem strittigen Auftrag, neue Grillplätze zu suchen, eine breite Mehrheit Grillplätze einzurichten? Es erwies sich als hilfreich, dass der Antrag eine Politik des Angebots – nicht der Forderungen – betriebe. Jeder Stadtbezirks-, jeder Ortschaftsratsrat konnte selbst entscheiden, ob und wo er neue Grillplätze will. Das hilft auch wildes Grillen einzudämmen. Am Ende war es einzig die AfD, welche die fast ausschließliche Zustimmung aller örtlichen Gremien nicht interessierte. Letztlich half dem Antrag aber sicher auch die



Grillplätze: Orte, die unterschiedlichste Menschen kulinarisch zusammenbringen.

Hoffnung, dass die Pandemie bald überwunden ist und wir alle wieder öfter gesellig beisammen sein

können. Die Grillplätze bieten dafür einen guten Anlaufpunkt. *Norbert Engemaier*

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresder Stadtrat

Impressum

Herausgeber
DIE LINKE. Fraktion
im Dresder Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden

Kontakt
Telefon: 0351/4882822
fraktion@dielinke-dresden.de
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.
Thomas Feske

Autor*innen dieser Ausgabe
Anja Apel, Pia Barkow, Christopher Colditz,
Norbert Engemaier, Thomas Feske, Margot
Gaitzsch, Anne Holowenko, Tilo Kießling, Jens
Matthis, André Schollbach, Tilo Wirtz

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwährende Kürzungen vor.

Redaktionelle Mitarbeit
Jana Neveling, Norbert Engemaier, Thomas Feske,
Susann Dietzschold

Bildnachweise (Seite)

Jana Neveling (1); People in Dresden (2); Margot Gaitzsch (2); Energie/ piqsels (3); Frank Grätz (3, 4) Krankenhaus/ piqsels (4); Baustelle/ piqsels (5); Volleyball/ piqsels (5); Bibliotheken/ piqsels (6); Klassenraum/ piqsels (6); Digitalisierung/ piqsels (6); Tilo Wirtz (7); Familie/ piqsels (7); Kindergarten (piqsels); Peter Kraayvanger/ pixabay (8); Dresden/ piqsels (8); Grillen/ piqsels (8)

Gestaltung und Satz
Norbert Engemaier

Druck
LR Medienverlag und Druckerei GmbH

Auflage der Papieraussgabe
3000 Exemplare

Redaktionsschluss
29.10.2020

Nächste Ausgabe
10.12.2020

Abonnement
»Vorne links« kann kostenfrei per Mail an fraktion@dielinke-dresden.de abonniert werden.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresder Stadtrat